

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TAGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 5307.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Sonntag, 3. November 1935

Nr. 256

Ein Griff ins „Braune Netz“

Massenverhaftung reichsdeutscher Spione / Eine große Organisation
Natürlich SdP-Leute darunter!

Die Prager Polizeidirektion gibt folgende amtliche Nachricht aus:

Seit Monaten ist eine Reihe von Personen der Spionage zugunsten des Deutschen Reichs verdächtig, die in den letzten Wochen verhaftet und, nach Beendigung der Voruntersuchung, wegen Militärverrats nach § 6, Abs. 2, des Schutzgesetzes in die Haft des Prager Kreisgerichtes in Bantrac eingeliefert worden sind. Die Namen der Verhafteten sind:

- Erwin Scheinost, stellungsloser technischer Beamte aus Pleiß-Sorgenal bei Weipert.
- Wifela Scheinost, geb. Fischer, dessen Mutter.
- Marie Schmeidl, stellungslose Arbeiterin aus Weipert, dessen Verlobte.
- Otto Kaufner, stellungsloser Privatbeamte aus Vermedgrün.
- Roman Fsoh, stellungsloser Arbeiter aus Pleiß bei Weipert.
- Josef Wörn, arbeitsloser Privatbeamte aus Pleiß bei Weipert.
- Adolf Bürger, Fleischergehilfe aus Weipert.
- Georg Noszka, Kellner aus Prag.
- Magda Schulz, alias Welen, stellungslose Friseurin.
- Hermann Wollsohn, reichsdeutscher Staatsangehöriger, angeblicher Syndikus.
- Friedrich Karl Witte, stellungsloser Privatbeamte aus Eger.
- Augusta Witte, geborene Klement, dessen Mutter, Staatsbeamtendwitwe aus Eger.
- Karl Stroß, städtischer Anhilfsbeamte aus Eger.
- Heinrich Glaser, Inhaber einer Kellereianzlei aus Komotan.
- Adam Böhm, stellungsloser technischer Beamte aus Haslau bei Dresden, Reserveoffizier.
- Hermann Klein, reichsdeutscher Staatsangehöriger, ehemaliger Förster ohne ständigen Wohnsitz.
- Anna Dienel, stellungslose Privatbeamte aus Eger.
- Ing. Walter Fischer, stellungsloser technischer Beamte aus Prag.
- Alexander Michalek, Hörer an der Prager deutschen rechtswissenschaftlichen Fakultät.
- Franz Wolrab, Hörer der höheren Brauereischule in Freising in Bayern.
- Ernst Bauer aus Schalldorf bei Znaim.
- Friedrich Nippel, Beamte der Kohlen-Gesellschaft „Britannia“, Königswart.
- Georg Lebensky, Inspektor d. N. der ehemaligen Aufsichtsbahn.
- Friedrich Klee, stellungsloser Architekt, österreichischer Staatsbürger, wohnhaft in Teplic-Schönan.
- Rudolf Semisch, Hörer an der Prager deutschen naturwissenschaftlichen Fakultät aus Teplic-Schönan.
- Franz Sasum, Beamte des Karlsbader Zentralverbandes deutscher Sportfassen aus Prag.

Von den Verhafteten ist nur einer schon früher offiziell politisch hervorgetreten: Otto Kaufner, der ehemalige Sekretär der aufgelösten Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. Von den Egerer Verhafteten war Fried-

Der Unverantwortliche:



„An Loyalität kann uns niemand überbieten“
Erklärung der SdP in der Mährischen Landesvertretung

rich Karl Witte in der DSAEP organisiert; er arbeitete für den reichsdeutschen Kriminalkommissar Krellmann, wofür er sich in den Augen der reichsdeutschen Stellen dadurch besonders eignete, daß er zusammen mit dem gleichfalls ver-

hafteten Otto Stroß eine Zeit lang ein privates Informationsbureau betrieb. Stroß hatte als städtischer Anhilfsbeamte die Meldeagenda der Egerer Stadtgemeinde bearbeitet. Anna Dienel hingegen, die mit dem Dresdner Spionageschef Helm und einem Offizier des reichsdeutschen Nachrichtendienstes in Beziehungen gestanden haben soll, hat diesen beiden unter den Kleidern Informationen über die Grenze gebracht; auch soll eben bei ihrer Verhaftung belastendes Material gefunden worden sein. Für den Spionageschef Helm arbeitete auch der verhaftete Glaser aus Komotan. Mit reichsdeutschen Amtlichen und Parteistellen in Annaberg in Sachsen soll ferner der verhaftete Erwin Scheinost in Verbindung gestanden haben, während sein Mitarbeiter, der Fleischergehilfe Bürger, verdächtig ist, zusammen mit S. A. einen gewissen Anton Sacher aus Weipert nach Deutschland gebracht und der Gestapo ausgeliefert zu haben. Den übrigen wird Militärverrat, Heinrich Glaser auch Industriespionage, teils unmittelbar, teils durch Beistöße begangen, zur Last gelegt; als Mitarbeiter Stroßens wurde zuletzt ein Kaufmann namens Walter Zimmerhadel aus Pechow verhaftet.

Wie das „Právo Lidu“ erfährt, sind sämtliche Verhaftete, die tschechoslowakische Staatsbürger sind, auch Mitglieder der SdP. Die „Prager Presse“ nennt namentlich den Witte als Mitglied der SdP. Walter Fischer war Herausgeber der berüchtigten, jetzt behördlich eingestellten Zeitung „Aufbruch“, die sich ohne Tarnung zu Hitler bekannte.

Besonders ausführlich war die Verhaftung der Anna Dienel, bei der man Formulare fand, die für den Verkehr der Spione mit den bayerischen Zentralen dienten. Außerdem trug sie eine Aufforderung an den deutschen Rundfunk bei sich, alle Beteiligten radiotelephonisch zu warnen. Diese Warnung erfolgte also nicht mehr.

Sanktionen ab 18. November

Keine Aussicht auf raschen Frieden

Genf. (Tsch. P. A.) Der achtzehnliedrige Ausschuss der Sanktionskonferenz behandelte Samstag die wichtigsten Fragen, die diese Konferenz in der gegenwärtigen Session zu lösen hat. Der Ausschussvorsitzende gab eine Erklärung ab, in welcher er darauf aufmerksam machte, daß die Sanktionen Nr. 1 bis zum heutigen Tage 51 Staaten, die Sanktionen Nr. 2 von ebenfalls 51 Staaten, die Sanktionen Nr. 3 und 4 von 49 Staaten genehmigt wurden, während 44 Staaten die gegenseitige Unterstützung bei der Anwendung der Sanktionen genehmigten.

Der achtzehnliedrige Ausschuss stimmte dem Antrage des spanischen Delegierten zu, der die Frage der Ueberbrücke aus dem Clearingübereinkommen der Mitgliedsstaaten mit Italien betrifft. Ueber Vorschlag des jugoslawischen Gesandten Subotić wurde festgestellt, daß die Wirtschaftssanktionen am 18. November in Geltung treten.

Der Ausschuss der Sanktionskonferenz trat auch nachmittags wieder zusammen und prüfte den Bericht des Finanzausschusses über die Antworten der Regierungen der Mitgliedsstaaten in Angelegenheit der finanziellen Sanktionen. In dem ohne Aussprache einstimmig angenommenen Entschlußkennungen wird davon Kenntnis genommen, daß die Kreditverweigerung gegen Italien bereits von 39 Regierungen durchgeführt wird und daß sich 43 Regierungen bereit erklärt hätten, die Ein- und Ausfuhr-Sanktionen gegen Italien anzuwenden. Alle Völkerbundsmitglieder werden aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu treffen und die

Sanktionen auf allen ihren Gebieten vom 18. November ab durchzuführen.

Hestig umstritten war die Rolle der Schweiz, die bekanntlich die Sanktionen nur mit Einschränkungen mitmacht, was von den übrigen Delegierten heftig mißbilligt wurde. Nachdrücklich setzte sich der russische Vertreter für die Sanktionen ein. Madariaga (Spanien) erklärte eine Vermittlungsalternative der großen Mächte für erwünscht.

Laval und Hoare betonten die völlige Einmütigkeit Frankreichs und Englands. Immerhin fiel auf, daß Laval wiederum einen italienfreundlichen Unterton in seine Rede mischte, während Hoare kategorisch erklärte, eine Einigung sei nur im Rahmen des Völkerbundes möglich. Sie müsse für Abessinien, Italien und den Völkerbund annehmbar sein.

Sowohl Laval als auch Hoare hatten Beratungen mit Moskau, die aber ergebnislos blieben. Moskau soll vertraulich erklärt haben, daß Italien jetzt die Vorschläge Laval's ablehnen müßte. Diese Vorschläge sollen darauf hinauslaufen, daß Abessinien selbst bestimmen würde, was es an Italien abtreten will, wofür Italien ihm einen Hafen überlassen müßte.

Laval ist bereits wieder nach Paris abgereist. Seine Stellung als Premier ist stark erschüttert, da die Linke und die Radikalen seine Außen- und Innenpolitik täglich heftiger angreifen. Als seine möglichen Nachfolger werden Herriot, Kländin, Mandel genannt.

Ueberraschungswahlen in England

J. G., London, Ende Oktober.

Der nachfolgende Artikel unseres Londoner Mitarbeiters ist vor den eben stattgefundenen Wahlen in einzelnen englischen Gemeinden geschrieben. Wie aus dem Schluß des Artikels hervorgeht, glaubt der Verfasser, daß bei den Gemeindevahlen lokale Fragen eine Rolle spielen, die bei den Parlamentswahlen in Wegfall kommen.

Das man in den letzten Wochen bereits wußte, vor einem Monat noch aber für unmöglich gehalten hätte, ist nun Tatsache geworden: das Parlament ist aufgelöst und schon am 14. November finden Neuwahlen in Großbritannien statt.

Man hatte bis in den Sommer hinein mit Herbstwahlen gerechnet. Als aber dann der italienisch-abessinische Konflikt sich immer mehr aufspitzte und England selbst in eine exponierte Lage geriet wie noch nie in der Nachkriegszeit, erschienen Wahlen unbedenklich. Die kritische außenpolitische Situation erforderte und fand auch in der Tat ein gerinertes Land; Wahlen mußten notwendigerweise diese Einheit zerreißten. Dennoch hat die Regierung just den Augenblick der härtesten Kundfütterung des weltpolitischen Horizonts gewählt, um die Nation in einen Wahlkampf zu stürzen. Denn so ungünstig der Zeitpunkt auch außenpolitisch ist, so günstig ist er allerdings wahlpolitisch für die herrschende Partei.

„Der Feind ist auf unserer Seite“

Was die nationale Regierung bei Wahlen zu fürchten hatte, waren die innerpolitischen Fragen. Sie hat in den vier Jahren ihrer Amtszeit eine gewiß nicht erfolglose, aber eine durch und durch kapitalistische Politik gemacht, eine Politik, die das Elend in den Depressionsgebieten in Nordengland, Schottland und Wales nicht gemindert, den Verfall der alt-ehrwürdigen Grundindustrien Englands, des Bergbaus, der Textilindustrie, der Schiffswerften, nicht aufgehalten hat, die an den Arbeitslosen sparte und den Unternehmern Millionen-subsidien gab, eine Politik, der die Aktienkurse wichtiger waren als die Löhne und die die soziale Weiterentwicklung des Landes zum Stocken brachte.

Aber alle inneren Fragen und Probleme treten heute weit zurück vor den großen außenpolitischen Entscheidungen, die alle Geister und Gemüter beherrschen. Und in der Außenpolitik findet sich die Regierung, nach so vielen Sünden in der Vergangenheit, heute zum erstenmal einig mit dem ganzen Land — von der kleinen ultrapazifistischen Gruppe links und der nicht größeren, aber einflussreicheren ultraimperialistischen, isolationalistischen Gruppe rechts, abgesehen. Gewiß, die entschiedene aktive Völkerbundpolitik, die sie nun zum erstenmal verfolgt oder wenigstens bis zum Beginn des Wahlkampfes verfolgt hat, ist in Wahrheit die seit dem Kriegsende gepredigte Politik der Labor Party; aber indem sie sie sich zu eigen gemacht hat, hat sie ihrer großen Gegenspielerin die wichtigste, die heute entscheidende Angriffsfläche entzogen.

Der Karikaturist eines großen Londoner Blattes hat diese Situation glänzend veranschaulicht: Er zeichnet Baldwin im Feldherrnzelt; ein Vote tritt vor ihn: „Ich melde gehoramt, der Feind steht auf unserer Seite.“ Darauf Baldwin: „Wohl, dann kann die Schlacht beginnen.“

Rüstungspläne hinter der Völkerbundpolitik

Als er die Wahlen so überraschend angeht hat, hat Baldwin wohl auch auf die Unstimmigkeiten innerhalb der Labour Party geredet, wie sie auf dem Parteitag in Brighton in der Sanktionspolitik zum Ausdruck gekommen sind, und auf die Wirkungen des eben erfolgten Führerwechsels. Lansbury ist, wie zu erwarten war, knapp nach dem Parteitag, seinem unbedingten Pazifismus gehorchend, zurückgetreten. Die Partei hat den Major Attlee zu seinem Nachfolger bestimmt, einen ausgezeichneten Mann, einen treuen, ehelichen Verfechter der Arbeiterinteressen, den in der Vorkriegszeit ernstes Studium zum

Lerroux droht mit Enthüllungen

die die Republik in Gefahr bringen könnten

Madrid. Der Vorstand der Zensurbehörde Mauro Ponte wurde abberufen, weil er seine Einwilligung zur Veröffentlichung einer Erklärung Lerroux erteilte, in der dieser darlegt, warum er sich nach der Erklärung der Regierung in den Cortes nicht sofort erhob, um sich zu verteidigen. „Es wird besser sein“, erklärte Lerroux, „wenn ich mich nicht äußere.“ Wenn ich aber sprechen werde, so wird dies nur deshalb geschehen, um die Sache der Gerechtigkeit zu verteidigen, doch könnte die Republik in Gefahr gebracht werden, weshalb ich vorläufig lieber davon absehe.

